

Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

BVV wählt linken Stadtratskandidaten aus fadenscheinigen Gründen nicht

Bericht aus der 38. Tagung der BVV

Die 38. Tagung der BVV Pankow am 22. April war alles andere als eine ewöhnliche. Auf die Tagesordnung hatten wir die Wahl eines Bezirksstadtrats gesetzt. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches: Wenn Stadträt*innen ihr Amt niederlegen wollen oder müssen, werden ihre Nachfolger von der BVV gewählt. So weit, so üblich.

Unsere bisherige Stadträtin für Soziales und Gesundheit, Dominique Krössin, hatte ihr Amt zum 1. April aus persönlichen Gründen niedergelegt. Wir danken ihr für die vielen Jahre unermüdlicher Arbeit für unseren Bezirk und wünschen ihr für ihre weitere Laufbahn alles Gute.

Das Vorschlagsrecht für die Bezirksamtsposten wird nach einer Proporzregelung vergeben, welche sich nach der Größe der BVV-Fraktionen richtet. Für den frei gewordenen Posten obliegt das Vorschlagsrecht der Linken. Das ist unumstritten. Entsprechend schlug die Linksfraktion zur Tagung die Wahl Jonas Teunes zum Bezirksstadtrat vor.

Teune erfüllt alle fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für das Amt. Er ist seit Jahren in der Berliner Verwaltung tätig, verfügt über einschlägige Erfahrung in politischer Führung

und Prozessmoderation und kennt die sozialpolitischen Bedarfe des Bezirks aus seiner langjährigen Arbeit vor Ort.

Wir haben in den vergangenen Wochen wiederholt intensive Gespräche auch mit der Zählgemeinschaft aus Grünen, CDU und FDP geführt, um eine demokratische Mehrheit für Teune zu organisieren – mit widersprüchlichen Signalen bis in die letzten Stunden. Mit der SPD haben wir eine nach wie vor gültige Zählgemeinschaftsvereinbarung. Mit Blick auf die Stabilität des Bezirks, sind wir davon ausgegangen, dass die demokratischen Fraktionen das reguläre Verfahren einer solchen Nachbesetzung einhalten werden.

Stattdessen aber weigerten sich die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP Teune zum Stadtrat zu wählen und ließen ihn in drei Wahlgängen durchfallen. Nicht etwa, weil sie Zweifel an seiner fachlichen oder persönlichen Eignung hatten – im Gegenteil betonten alle Redner*innen, wie gut die Gespräche mit Teune vorab waren –, sondern schlichtweg, weil er Linker ist. Dieser Vorgang ist bislang in Pankow einmalig und skandalös. Denn Grüne, CDU und SPD machen hier Wahlkampf auf Kosten der Pankowerinnen und Pankower, die jetzt bis zur

Wahl im September ein führungsloses Ressort Soziales und Gesundheit hinnehmen müssen. Weil Grüne, CDU und SPD Angst haben vor der Linken, die erst im Frühjahr 2025 stärkste Kraft im Bezirk wurde, und die in diesem Jahr das Bürgermeisteramt – in Pankow und in Berlin – erobern kann und will.

Wie geht es jetzt weiter? Wir werden erneut das Gespräch mit den demokratischen Fraktionen suchen. Gerade in der heutigen Zeit ist ein funktionierendes Sozial- und Gesundheitsamt wichtig. Das Sozialamt Pankow steht vor enormen Herausforderungen, die nicht nebenher zu bewerkstelligen sind. Insbesondere bei der aktuellen Finanzkrise des Bezirks und den andauernden Kürzungsankündigungen von Landes- und Bundesebene, sehen wir nicht, wie Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch und Schul- und Immobilienstadtrat Jörn Pasternack eines der größten Fachämter des Bezirks angemessen in Vertretung steuern können. Die Nichtwahl bleibt eine unverantwortliche Entscheidung, die wir uns nur dadurch erklären können, dass Grün-Schwarz-Gelb keinen erfahrenen Linken Verwaltungsmann im Bezirksamt sitzen haben will, der ihnen auf die Finger guckt. ■



Plejaden suchen Platz – Bezirksamt verwaltet das Problem

Der Pfadfinder*innenstamm Plejaden boomt: Rund 90 aktive Mitglieder zählt die Gruppe derzeit, zuletzt kamen allein 2024 rund 200 Neuanfragen hinzu. Doch die Räumlichkeiten halten mit diesem Wachstum nicht mit. Im W24, dem derzeitigen Ankerpunkt der Plejaden in Prenzlauer Berg, steht dem Stamm lediglich ein Raum mit einer Kapazitätsgrenze von 10 Personen zur Verfügung – ein offensichtliches Missverhältnis.

Unsere Anfrage hat nun Licht in die Situation gebracht – und die Antworten des Bezirksamts werfen Fragen auf. Einerseits heißt es, alle Räume der Einrichtung würden vollständig für die offene Kinder- und Jugendarbeit benötigt. Andererseits geben das die genannten Nutzerzahlen nicht her und bislang war die Unterbringung der Plejaden auch ein Zugewinn für die kommunale Jugendfreizeiteinrichtung. Trotz allem schreibt das Bezirksamt, dass die aktuelle Nutzung der Plejaden im W24 schlicht als „Übergangslösung“ gilt – ohne erkennbaren Zeithorizont für eine dauerhafte Alternative.

Ein vorgelegtes Konzept zur teilräumlichen Ko-Nutzung lehnte das Bezirksamt ab – mit dem Verweis auf rechtliche und buchhalterische Hürden. Auch diese sind nicht ganz nachvollziehbar und in anderen Berliner Bezirken scheinen diese Probleme nicht zu bestehen. Was klingt wie ein Verwaltungsdetail, hat reale Folgen: Eine lebendige Jugendorganisation, die nachweislich eine positive Alternative zu rechtsextremen Angeboten bietet, kann ihren Betrieb nicht verlässlich planen.

Das Bezirksamt will bei der Suche nach Alternativräumen helfen. Passiert ist bislang wenig. Stattdessen wird über einen sich zuspitzenden Nutzerkonflikt gesprochen, der unbelegt und nicht nachvollziehbar ist. Für die Plejaden braucht es endlich eine verlässliche Lösung – keine befristete Duldung auf Widerruf.

(Kleine Anfrage - KA-1244/IX) ■



Bundesregierung torpediert Integration

Seit November 2025 stoppt das Bundesinnenministerium unter Alexander Dobrindt

(CSU) die freiwillige Zulassung zu Integrationskursen. Mit einer Mündlichen Anfrage wollten wir vom Bezirksamt wissen, wen diese Entscheidung in Pankow konkret trifft. Die Antwort: vor allem Unionsbürger*innen, Geflüchtete ohne Teilnahmeverpflichtung sowie Personen ohne Leistungsbezug – darunter auch Ukrainer*innen und Geduldete. Wer vom Jobcenter zur Teilnahme verpflichtet wird, kann weiterhin einen Kurs besuchen. Allerdings drohen durch den Wegfall freiwilliger Teilnehmer Kursausfälle, Zusammenlegungen und Planungsunsicherheit für Träger und Kursleitende.

Auf unsere Nachfrage musste das Bezirksamt einräumen, dass es keine aktive Koordination gibt, um verbleibende Zugangswege zu erschließen – obwohl Austausch mit BAMF, Senatsverwaltung und Jobcenter besteht. Die Bundesregierung torpediert mit dieser Entscheidung gezielt die Integration von Menschen, die sich freiwillig einbringen wollen.

(Mündliche Anfrage 1369-IX) ■

Kellerbrand in der Stargarder Straße – Gas, Wasser und Strom kehren zurück, aber nicht alle Mieter*innen



Von Maria Bigos, Fraktionsvorsitzende

Wir erinnern uns: Am 24. Januar brannte es im Keller eines Miethauses in der Stargarder Straße. In der Folge gab es im gesamten Gebäude keinen Strom, kein Wasser und keine Heizung. Rund 120 Mieter*innen wurden wohnungslos – mitten im Winter. Auch zwei alteingesessene Gewerbe waren geschlossen. Die Reparaturmaßnahmen wurden ständig verschoben – eine Hinhaltenaktik, um Wohnraum für Spekulation frei zu machen. Denn

die meisten Mieter*innen haben nur befristete Verträge und die Wohnungen werden mehrheitlich teilmöbliert zu horrenden Summen angeboten.

Mittlerweile mehrt sich der Verdacht, dass das Gebäude einer sogenannten Investoren-Holding gehört – eine professionelle Struktur aus mehreren Gesellschaften, die nur der Gewinnmaximierung durch Steuervermeidung dient. Sie agieren auf mehreren Ebenen, um

die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse zu verschleiern und sind damit rechtlich schwer zu greifen. Gerade deshalb ist gemeinsamer Widerstand so wichtig.

Im Falle der Stargarder Straße hat der politische und öffentliche Druck dazu geführt, dass die Versorgung wiederhergestellt wurde. Es ist jedoch nur ein Etappensieg. Die Mieter*innen konnten Anfang April in ihre Wohnungen zurückkehren. Aufgrund der Zermürbung und weiterhin intransparenten Kommunikation sind aber zwischenzeitlich einige, darunter auch viele langjährige Mieter*innen, ausgezogen. Es ist ein erheblicher Leerstand entstanden und die Verunsicherung unter den verbliebenen Mieter*innen bleibt bestehen.

Der Kampf verlagert sich also auf die Frage, wie mit dem zunehmenden Leerstand umgegangen werden kann. Wir stehen weiterhin entschieden und fest an der Seite unserer Nachbar*innen und setzen uns für stabile Nachbarschaften ein, in denen wir aufeinander zählen können und nicht auseinandergetrieben werden. ■



Hier könnte bald ein Hochhaus stehen: Die Ecke Greifswalder Straße / Storkower Straße in Prenzlauer Berg.

Von Fred Bordfeld, stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Wieviele Wohnen verträgt die Stadt?

Rund um den S-Bahnhof Greifswalder Straße tut sich viel. An dem belebten Knotenpunkt am S-Bahn-Ring verdichten sich die Baupläne: Schon länger stehen die Hochhauspläne am alten Güterbahnhof im Raum. Hinzu kommen nun zwei weitere Vorhaben nördlich der S-Bahn: ein Neubau auf dem ALDI-Gelände an der Grellstraße und ein Hochhauskomplex an der Ecke Storkower Straße. Hinter letzteren steckt ein Projektentwickler, der Wohnraum für den „normalen“ Mietmarkt schaffen und anschließend an institutionelle Anleger verkaufen will. Im Ergebnis entstehen insgesamt 1.200 neue Wohnungen in einem vergleichsweise kleinen Gebiet. Angesichts des angespannten Berliner Mietmarktes klingt das erst einmal gut, immerhin sind nun Mietwohnungen ohne die bei privaten Investoren sonst oft übliche möblierte Vermietung auf Zeit geplant und auch das ursprünglich vorgesehene Hotel ist vom Tisch, doch die Vorhaben werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten. Für den Güterbahnhof am Thälmannpark steht zumindest ein städtebaulicher Vertrag in Aussicht. Ein Teil der Wohnungen könnte so zumindest mit Belegungsbindungen versehen werden – das ist zu begrüßen, fällt aber deutlich zu gering aus, um einen solch massiven Eingriff zu rechtfertigen. Die Regelung wirkt eher wie ein Sahnebonbon, mit welchem

dem Bezirk das Vorhaben schmackhaft gemacht werden soll, als wie ein ernstzunehmender Beitrag zu bezahlbarem Wohnen. Hinzu kommt: Wertvolle Freiflächen werden überbaut, das Denkmalensemble Thälmannpark wird langfristig eingeschnürt. Und in unmittelbarer Nachbarschaft ist eine Schulbebauung geplant. Schule und Wohnen so eng zusammenzurücken, verträgt sich in der Praxis selten gut – Nutzungskonflikte sind programmiert.

Anders liegt der Fall nördlich der S-Bahn. Supermärkte mit großen Parkplatzflächen in einem Zentrumsbereich zu überbauen, halten wir grundsätzlich für sinnvoll – ob man ein Hochhaus direkt im Übergang zur Gründerzeitbebauung platzieren muss, ist jedoch zumindest fragwürdig. Schwerer wiegt aber, dass der Bezirk bei diesen Projekten praktisch keine Eingriffsmöglichkeiten hat. Geplant sind Mietwohnungen zu durchschnittlich 20 Euro pro Quadratmeter, hinzu kommt im Erdgeschoss ein Supermarkt. Soziale Infrastruktur ist nicht mitgedacht.

Und genau hier liegt die drängendste Frage. Rund 2.500 neue Nachbar*innen brauchen Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Bibliotheken und Sportstätten. Laut bezirklicher Bedarfsplanung fehlt es bereits heute in fast all diesen Bereichen an Angebot. Bisher ging der Bezirk von 750 neuen Wohnungen in dem

Gebiet aus, nun verdoppelt sich die erwartete Anzahl nahezu und Pankow steuert sehenden Auges und ohne Eingriffsmöglichkeiten in noch größere Versorgungsdefizite.

Und für das eigentliche Problem der übersteuerten Mieten lösen die Projekte gar nichts. Sozialer Wohnungsbau spielt nur eine untergeordnete Rolle, die Neubauten drohen stattdessen selbst zum Treiber von Mieterhöhungen zu werden.

Die linke Opposition in der BVV hatte als Antwort auf all das eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (§ 165 BauGB), die den bezirklichen Einfluss gestärkt und die Projektentwickler zur Mitfinanzierung fehlender Infrastruktur verpflichtet hätte. Doch die schwarz-grüne Mehrheit sah keinen Bedarf für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung und einen Einfluss des Bezirks auf die Flächennutzung.

Aus unserer Sicht braucht der Bezirk endlich verbindliche Instrumente, um Flächen im Sinne des Gemeinwohls zu entwickeln – statt zuzusehen, wie Baurechts-Erleichterungen von oben Investoren stärken und unsere Kieze belasten. Bauen, bauen, bauen allein hilft eben nicht. Entscheidend ist, was gebaut wird – und für wen. Unsere Vision ist eine Stadt, die für alle lebenswert und bezahlbar ist, die das Wohl der Menschen über Profitinteressen stellt. ▀

Kostenexplosion im Jahn-Sportpark: Wer zahlt die Zeche?

Von Maria Bigos, Fraktionsvorsitzende und
Dr. Jaana Stiller, sportpolitische Sprecherin

Der Umbau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks wird zum Millionengrab und der Breitensport bezahlt die Zeche. Aus ursprünglich veranschlagten 20 Millionen Euro Gesamtkosten sind schon längst deutlich höhere Summen geworden. Allein im ersten Bauabschnitt sind die Kosten auf 22,4 Millionen Euro angestiegen; der Ausgangswert lag bei 14 Millionen Euro. Das ergaben Zahlen, die am 15. April im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses vorgestellt wurden. Besonders brisant: Da der Rückbau des Stadions noch nicht abgeschlossen ist, sind für den zweiten Bauabschnitt weitere Kostensteigerungen absehbar. Die Finanzierung fehlt faktisch bereits jetzt. Statt diesen Missstand offen anzusprechen, werden Lücken offenbar durch die Umwidmung von Mitteln gestopft – und zwar auf Kosten des

Breiten-, Schul- und Vereinssports. Die dafür vorgesehenen Gelder werden jetzt indirekt zur Kompensation der Kostenexplosion eingesetzt. Schüler*innen und Vereine werden die Leidtragenden sein.

Der Vorgang erhält durch die laufende Olympia-Debatte zusätzliche Brisanz. Am Jahn-Sportpark zeigt sich bereits jetzt, wie schnell Kosten aus dem Ruder laufen und wer am Ende die Rechnung zahlt: Wir alle. Dagegen ist Olympia ein um viele Milliarden schwereres Großprojekt als der Sportpark in Prenzlauer Berg.

In der kommenden Woche startet die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren „NOlympia“. Laut aktuellen Prognosen sprechen sich rund 67 Prozent der Berliner*innen gegen eine Olympia-Bewerbung aus. Wir fordern daher volle Transparenz über die tatsächlichen Kosten und einen klaren Vorrang öffentlicher Mittel für den Breitensport – statt für Prestigeprojekte mit unkalkulierbaren Risiken. ■

Systematischer Leerstand in Pankow?

Von Fred Bordfeld, stadtentwicklungs-
politischer Sprecher

Wer durch die Lottumstraße im Prenzlauer Berg spaziert, sieht ein Haus wie viele andere. Doch hinter der Fassade der Nummer 1 stehen seit Oktober 2024 sechs von acht Wohnungen leer. Kein Einzelfall – und kein Zufall.

Dahinter steht mutmaßlich die „Plutos Real Estate Investment Group AG“, kurz PREIG AG. Der Wohnkonzern ist in den vergangenen Jahren aggressiv auf Einkaufstour gegangen: Allein 2023 erwarb er elf Mehrfamilienhäuser für rund 120 Millionen Euro. Das Geschäftsmodell ist immer dasselbe: Altbauten in guten Innenstadtlagen günstig kaufen, modernisieren – und zu deutlich höheren Preisen wiedervermieten oder in Eigentumswohnungen umwandeln. Dass ein Börsengang als Ziel im Raum stand, machte Mieter*innen in betroffenen Häusern berlinweit zurecht nervös.

Mit einer Kleinen Anfrage wollten wir Licht ins Dunkel bringen. Das Ergebnis ist ernüchternd, aber nicht überraschend. In der Lottumstraße 1 hat das Bezirksamt für alle sechs leerstehenden Wohnungen Leerstandsgenehmigungen nach dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz erteilt – jeweils bis zum 31. März 2026. Die Eigentümerin machte glaubhaft, dass Instandsetzungsarbeiten anstehen. Begonnen im Januar 2024, wurden sie im August desselben Jahres gestoppt. Seitdem ruhen die Bauarbeiten. Das Bezirksamt prüft, ob die Genehmigungsvoraussetzungen noch vorliegen. Ist das nicht der Fall, kann es per Wohnzuführungsgebot anordnen, die Wohnungen wieder Wohnzwecken zuzuführen – und genau das werden wir einfordern.



Steht seit Jahren zum Großteil leer: Raumerstraße 31.

In der Schliemannstraße 6 steht eine Wohnung leer, bekannt seit Januar 2025. Ein Amtsverfahren wegen des Verdachts des Leerstellens läuft. Zu Raumerstraße 31, Christinenstraße 1 und Maximilianstraße 46 – ebenfalls abgefragte Adressen – liegen dem Bezirksamt keine Erkenntnisse vor.

Was sich in Pankow zeigt, ist kein lokales Randphänomen. Eine Schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus zeichnet berlinweit ein besorgniserregendes Bild der PREIG-Strategie: Leerstand, Modernisierungsankündigungen, Dachgeschossausbauten, Aufzüge und Balkone – Maßnahmen, die in der Summe auf drastische Mieterhöhungen oder Umwandlungen in teuer verkäufliche Eigentumswohnungen hinauslaufen.

Wir werden die Verfahren weiter eng begleiten. Das Bezirksamt hat zugesagt, alle Instrumente des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes zu nutzen. Wir werden darauf beharren – mit Nachdruck und ohne Aufschub. Leerstandsgenehmigungen dürfen kein Freibrief sein, Wohnungen dauerhaft dem Markt zu entziehen. ■

**So treten
Sie mit uns
in Kontakt**



**Besuchen Sie unsere
Bürger*innensprechstunde:**

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
in unserem Fraktionsbüro
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:
(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine
Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de
oder wenden Sie
sich direkt an unsere
fachpolitischen
Sprecher*innen.



In unseren thematischen
Arbeitsgruppen können
Sie sich zu einer Vielzahl
von Themen einbringen:



Kennen Sie schon
unseren **Newsletter**?
Hier können Sie ihn
abonnieren:



**Folgen Sie uns auf
Social Media:**



www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2026.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.